

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019010

Absender / Institution: Deutscher Hanfverband Hamburg

1. Halten Sie die Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?

Antwort:

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Gegen diese Realität hat Repression nichts bewirkt. Stattdessen werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen bei der Polizei gebunden, die etwa bei der Verfolgung von Einbrüchen besser eingesetzt wären.

2. Wollen Sie die Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten generell eher mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

Antwort:

Die Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten bindet personelle Ressourcen bei der Polizei, die dringend für die Aufklärung schwererer Delikte benötigt werden. Wir setzen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene ein. In diesem Zusammenhang würden die meisten Cannabis-Delikte und deren Strafverfolgung wegfallen. Strafrechtlich relevant wären dann nur noch der Verkauf von Cannabis an Minderjährige, die illegale Herstellung von Cannabis-Produkten und eine Verkehrsgefährdung durch Beeinträchtigungen durch einen Cannabis-Konsum.

3. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs eher mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten erachten den Bezug von Cannabis aus qualitätsgesicherten Quellen für sinnvoll und wollen die Rechtslage bezüglich des Eigenanbaus nicht aufweichen.

4. Wie stehen Sie zur aktuellen Verordnung zur Anwendung der „geringen Menge“ nach § 31 a BtMG und planen Sie Änderungen?

Antwort:

Solange es keine Legalisierung von Cannabis gibt, ist die derzeitige Straffreiheit des Besitzes geringer Mengen zum Eigenkonsum richtig. Es muss jedoch rechtssicher feststehen, welche Mengen „als gering und zum Eigenkonsum“ angesehen werden können. Daher ist eine Harmonisierung der Vorschriften auf Länderebene erforderlich.

5. Wie stehen Sie zu einem Modellversuch für eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten an Erwachsene?

Antwort:

Einen Modellversuch haben wir Freie Demokraten in Hamburg bereits mehrfach gefordert. Da eine unserer Kernforderungen aber die vollständige Legalisierung von Cannabisprodukten ist, blieben wir mit einem bloßen Modellprojekt hinter unserer Forderung zurück.

6. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle von Drogen wie Cannabis (Stichwort „Drug Checking“)?

Antwort:

Drug-Checking kann Risiken durch unbekannte Wirkstoffe, Verunreinigungen und Überdosierungen reduzieren und Drogenkonsumenten den Zugang zu einer Beratung erleichtern. Wir Freie Demokraten sehen aber auch die Gefahr, dass eine Pseudo-Sicherheit im Hinblick auf die Einnahme potentiell gefährlicher psychoaktiver Substanzen vermittelt und somit der illegale Konsum gefördert wird. Wir setzen daher vorrangig auf einen Bezug von Cannabis aus qualitätsgesicherten Quellen im Rahmen einer kontrollierten Abgabe.

7. Halten Sie es für sinnvoll, dass Cannabiskonsumenten bei der Überprüfung der Fahreignung gegenüber Alkoholkonsumenten benachteiligt werden oder setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung ein?

Antwort:

Die Teilnahme am Straßenverkehr im Rauschzustand muss untersagt bleiben. Grenzmengen, wie bei Alkohol, halten wir Freien Demokraten nicht für sinnvoll.

8. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie beim Einsatz von Cannabis als Medizin?

Antwort:

Für alle Beteiligten, Patienten, Apotheken, Importeure und Hersteller muss eine sichere, konstante und kostengünstige Versorgung von Patienten mit Medizinalcannabis gewährleistet werden.

9. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Partei und Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode?

Antwort:

Die FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hat unterschiedliche, sich ergänzende drogenpolitische Ansätze in der aktuellen Legislaturperiode verfolgt. Hier finden Sie unsere Anträge zu unterschiedlichen drogenpolitischen Themen:

Pilotprojekt „Drogenscanner“ in den Justizvollzugsanstalten einführen
Die Sicherheit und Aufenthaltsqualität auf dem Hansaplatz verbessern

Cannabis - Medizinische Nutzung erleichtern, Modellprojekt voranbringen
Neue Wege in der Drogenpolitik - Ein Modellprojekt für die kontrollierte Abgabe von Cannabis

10. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion für die kommende Legislaturperiode?

Antwort:

Wir werden uns auch weiterhin auf Landesebene für die Umsetzung unserer Beschlusslage einsetzen und dies auch durch parlamentarische Initiativen begleiten.

11. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?

Antwort:

Die gewerbsmäßige Abgabe von Cannabis darf deshalb nur in speziell für diesen Zweck lizenzierten Geschäften erfolgen, wobei sichergestellt sein muss, dass die Käufer volljährig sind und über die

Risiken des Konsums ausreichend aufgeklärt werden. Weiterhin ist in diesen lizenzierten Geschäften eine regelmäßige Qualitätskontrolle durchzuführen, um Verunreinigungen zu verhindern.

Cannabisprodukte sollen darüber hinaus in Zukunft eine deutlich höhere Qualität und ein standardisierten THC-Anteil aufweisen, um mögliche gesundheitliche Folgen zu minimieren. Die Erteilung einer solchen Lizenz setzt den Nachweis von Kenntnissen bezüglich der Wirkungen, Produktion, Verarbeitung und Risiken von Cannabispflanzen voraus. Sie umfasst die Berechtigung, die zum Zwecke der Abgabe in der lizenzierten Stelle erforderliche Menge an Cannabispflanzen anzubauen und zu verarbeiten. Darüber hinaus ist dem Lizenznehmer der Import der Stoffe über ausschließlich legale Bezugsquellen im Ausland zu ermöglichen.

Der Handel mit Cannabis ohne eine solche Lizenz oder der Import aus dem Ausland von nicht legalen Bezugsquellen bleibt weiterhin strafbar